

Raus aus der Stagnation

Wachstums- und Investitionskräfte stärken

Ein Positionspapier des
Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Selten waren sich Ökonominnen und Ökonomen sowie nationale und internationale Institute, Gewerkschaften und Verbände so einig: Deutschland befindet sich ökonomisch in einer Stagnation mit rezessiver Tendenz. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) verharrte 2023 de facto auf dem Niveau von 2019, also auf Vorkrisenniveau. Auch für das Jahr 2024 gehen die meisten Prognosen von einer weiteren Runde des Nullwachstums aus. Selbst im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wurde die Prognose von 1,3 Prozent Wachstum auf 0,2 Prozent gesenkt. Auch in den Folgejahren, so hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) deutlich gemacht, ist mit keinem nennenswerten Wachstum zu rechnen. Die Zahlen sind eindeutig:

- Deutschland ist das Schlusslicht unter den Industriestaaten der G7. Unter den 30 größten Volkswirtschaften der Welt wird nur in Argentinien eine schlechtere Entwicklung erwartet.
- Das reale Pro-Kopf-Einkommen von 2019 wurde erst 2022 (gerade so) erreicht, seither bewegt es sich seitwärts.
- Die realen, privaten Investitionen stagnieren auf dem Niveau von 2020. Im Falle der öffentlichen Investitionen liegen sie sogar darunter.
- Das Produktivitätswachstum verlangsamt sich und ist auf Stagnationskurs.
- Das Potenzialwachstum ist schwach.

All dies zeigt, dass Deutschland ein Standortproblem hat und enorme Investitionen für Transformation sowie die Infrastruktur- und digitale Modernisierung notwendig sind. Um aus dem Nullwachstumsgleichgewicht auszubrechen, muss die Politik gegensteuern. Die Grundlagen dafür sind vorhanden, doch wir haben prinzipiell kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Deutschland braucht deshalb ein Wachstumsprogramm mit folgenden Elementen:

1. Investitionen stärken

- Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine ad-hoc Regierungskommission aus Expertinnen und Experten einzuberufen, die die öffentlichen und privaten Investitionsbedarfe für die klimaneutrale Transformation beziffert. Auf dieser Grundlage sind Entscheidungen zu treffen, wie öffentliche und private Investitionen gestärkt werden können, damit der Standort profitiert und Wachstum generiert werden kann. Die Ergebnisse der Kommission müssen spätestens bis zur Beschlussfassung zum Bundeshaushalt 2025 vorliegen.
- Wichtig ist die langfristige Absicherung der Instrumente, um die Finanzierung der Investitionen auch über Legislaturperioden hinaus zu gewährleisten und damit die Planbarkeit für Unternehmen und Investoren in Deutschland zu stärken. Dazu reicht der bisherige Finanzrahmen nicht aus. Die Einsparungen im Haushalt 2024 und die zu erwartenden Kürzungen im Haushalt 2025 werden sowohl das Wachstum als auch öffentliche und private Investitionen schwächen. Notwendig ist deshalb vielmehr eine Flexibilisierung der Finanzierungsinstrumente im Bundeshaushalt. Dazu haben eine Reihe von Ökonominen und Ökonomen sowie der Sachverständigenrat entsprechende Vorschläge gemacht. Sie sollten aufbauend auf der Analyse der Expertenkommission realisiert werden.
- Unternehmenssteuersenkungen allein werden das notwendige Investitionsniveau nicht befördern. Wenn Unternehmenssteuern reformiert werden, müssen sie mit weiteren fiskalischen Instrumenten verbunden werden, wie z. B. der Aufstockung der Mittel des KTF, Verbesserung der Abschreibungsbedingungen etc.
- Es muss betont werden: Die Grundlagen für Wachstum und Dynamik sind da, sie müssen nur freigesetzt werden!

2. Infrastrukturen stärken

- Infrastrukturen sind das Rückgrat der Wirtschaft – und wurden viel zu lange von der Politik vernachlässigt. Damit Deutschland die unterschiedlichen Transformationen etwa in der Klima- oder Digitalpolitik meistern kann, sind funktionsfähige Infrastrukturen eine Grundvoraussetzung.
- Die Politik auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene muss ein Bekenntnis zu Infrastrukturen abliefern und es mit glaubwürdigen Handlungsplänen untermauern. Die notwendige Erneuerung, Stärkung und der Ausbau der Infrastrukturen betrifft sämtliche Bereiche des wirtschaftlichen Grundgerüsts: Stromnetze, Wärmepläne, H₂-/Methangas-Netze, Telekommunikationsnetze, Verkehrswege (Straße, Schiene, Luft und Wasser) sowie die Ladeinfrastruktur.
- Bestehende Infrastrukturprojekte dürfen unter keinen Umständen aufgrund von Finanzierungsengpässen eingestampft werden. Die Streichung der Finanzierung von Neubauprojekten bei der Bahn beispielsweise ist kein Beitrag zur Verkehrswende.

3. Eckpfeiler der Systemtransformation festigen (I): Kraftwerksstrategie konkretisieren

- Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung erste Eckpunkte für eine Kraftwerksstrategie und damit den Zubau von Backup-Kapazitäten vorgelegt hat. Dies ist und war lange überfällig. Festzuhalten ist allerdings, dass der Zubau von 10 GW in den nächsten Jahren – sollte er mit einem speed-up im Genehmigungsbereich gelingen – nicht ausreichen wird. Das BMWK selbst ist von einem notwendigen Zubau von 25 GW ausgegangen. Der Koalitionsvertrag beinhaltet, dass ein Kohleausstieg bis 2030 »idealerweise« erfolgen soll. Mit einem Zubau von nur 10 GW ist dieses Ziel nicht mehr realisierbar.
- Zugleich ist es notwendig, den überfälligen Kapazitätsmechanismus schnellstens zu konkretisieren. Das ist die Voraussetzung, um Investitionen in gesicherte Leistung zu mobilisieren.

4. Eckpfeiler der Systemtransformation festigen (II): Solarindustrie unterstützen

- Die Stärkung der Resilienz ist eine Lektion aus der Energiekrise, die dem russischen Angriff auf die Ukraine folgte. Die Abhängigkeiten in der Wertschöpfungskette in der Solarindustrie sind dabei höher als es die Abhängigkeit von russischem Gas je war. Von daher ist es notwendig, eigene Kapazitäten in Europa und in Deutschland zu sichern und aufzubauen, was auch den Zielen der EU-Kommission entspricht.
- Wir fordern die Bundesregierung auf, für die Solarindustrie schnellstmöglich eine breite und wirksame Unterstützung einzuführen und heimische Wertschöpfung bei Ausschreibungsverfahren für neue PV-Projekte zu präferieren.

5. Bürokratie abbauen

- Wir haben im Zuge der Energiekrise gesehen, dass schlanke und schnelle Genehmigungsverfahren ein zentrales Element von Krisenmanagement sind. Eine klare Priorisierung, politischer Druck und eine Flexibilisierung der gewöhnlichen Prozesse und Strukturen waren die Grundvoraussetzung dafür, dass wir im Deutschlandtempo das russische Gas substituieren und so eine Gasmangellage verhindern konnten.
- Die Leistung, eine zu 55 Prozent vom russischen Gas abhängige Gasversorgung innerhalb weniger Monate gänzlich umzustellen, zeigt, welch enormes Transformationspotenzial und welche Leistungsfähigkeit die deutsche Wirtschaft und Politik haben.
- Eindeutig zugeordnete Zuständigkeiten, Prioritäten und Verantwortlichkeiten waren der Schlüssel dafür. Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren als aktive Standort- und Ermöglichungspolitik zu verstehen und mit Elementen des Krisenmanagements anzugehen, ist deshalb ein notwendiger Ansatz, den wir von der Bundesregierung fordern.

6. Digitalisierung stärken

- Deutschland braucht einen Digitalisierungsschub in allen Bereichen. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) muss so ausgestaltet werden, dass zentrale Verfahren und Angebote der öffentlichen Verwaltung endlich digital zur Verfügung gestellt werden. Das OZG muss entsprechend angepasst werden. Die Abschreibungen für Unternehmen in digitale Investitionen müssen verbessert werden.
- Künstliche Intelligenz wird entscheidend sein, um in der Industrie, bei Dienstleistungen und Logistik die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit voranzutreiben. Mit dem verabschiedeten AI-Act wurde in Europa ein entsprechender Rahmen geschaffen. Im weiteren Verfahren muss sichergestellt werden, dass überlappende Gesetzgebung angepasst wird und bei den Sicherheitsstandards das Know-how der Digitalunternehmen genutzt und einbezogen wird. Um auf das benötigte Humankapital zurückgreifen zu können, muss Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland ein attraktiver Standort werden.

Jetzt müssen Entscheidungen getroffen werden. Die 20er Jahre dürfen kein verlorenes Jahrzehnt für Wachstum, Transformation und Beschäftigung werden. Dazu müssen alle einen Beitrag leisten. Der vorgeschlagene Deutschlandpakt muss jetzt endlich umgesetzt werden. Die Blockadepolitik der CDU/CSU im Bundestag und Bundesrat schadet dem Standort. Die Antworten von gestern ergeben keine Zukunft mehr. Jetzt sind die richtigen Antworten für Deutschlands Gegenwart und Zukunft geboten.

Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)
Matthias Machnig (Vizepräsident)
Philipp Schlüter (Vizepräsident)
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660

Fax +49 (0)30 400 40 666

E-Mail mail@spd-wirtschaftsforum.de

Internet spd-wirtschaftsforum.de

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

März 2024